



MEMORANDUM **KINDERARMUT**

Bekämpfung der Kinderarmut

Politische Forderungen

**Präventive Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe
und des Bildungssystems**

IMPRESSUM

Gemeinsam herausgegeben von:

Arbeiterwohlfahrt Landesarbeitsgemeinschaft NRW

Lützowstraße 32 · 45141 Essen

E-mail: info@awo-niederrhein.de

Internet: www.awo-nrw.de

Ansprechpartner: Michael Schöttle, Telefon 0201 3105-233

DGB Bezirk NRW

Friedrich-Ebert-Straße 34 – 38 · 40210 Düsseldorf

E-mail: nrw.info@dgb.de

Internet: www.nrw.dgb.de

Ansprechpartnerin: Carmen Tietjen, Telefon 0211 3683-121

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW

Nünningstraße 11 · 45141 Essen

E-mail: info@gew-nrw.de

Internet: www.GEW-NRW.de

Ansprechpartner: Norbert Müller, Telefon 0201 29403-28

Deutscher Kinderschutzbund Landesverband NRW e.V.

Hofkamp 102 · 42103 Wuppertal

E-mail: info@dksb-nrw.de

Internet: www.dksb-nrw.de

Ansprechpartner: Dieter Greese, Telefon 02054 7302

Ansprechpartner: Friedhelm Güthoff, Telefon 0202 74765880

DER PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Landesverband NRW e.V.

Loher Straße 7 · 42283 Wuppertal

E-mail: mail@paritaet-nrw.org

Internet: www.paritaet-nrw.org

Ansprechpartner: Martin Debener, Telefon 02151 9619028

Ansprechpartner: Martin Künstler, Telefon 0202 2822254

Ansprechpartnerin: Ulrike Werthmanns-Reppekus, Telefon 0202 2822252

Verantwortlich i.S.d.P.: Gunder Heimlich

August 2009

MEMORANDUM **KINDERARMUT**

Bekämpfung der Kinderarmut

Politische Forderungen

**Präventive Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe
und des Bildungssystems**



DAS MEMORANDUM

- formuliert in einem 10-Punkte-Programm politische Forderungen
- und macht Vorschläge für eine präventive Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe und des Bildungssystems.

Es zeigt Wege auf für Politikerinnen und Politiker der Bundes- und Landesebene NRW aber auch für Verantwortliche und Engagierte in Kreisen und Kommunen, das große Problem unserer Zeit – Armut bei Kindern und Jugendlichen – zu bekämpfen.

AWO, DGB, GEW, Deutscher Kinderschutzbund und der Paritätische haben sich in NRW auf der Grundlage dieses Memorandums zu einem gemeinsamen Bündnis

ZUR BEKÄMPFUNG VON KINDERARMUT

zusammengeschlossen.

AUCH 2009 GILT: FAST JEDES 4. KIND IN NRW IST ARM!

Der Sozialbericht 2007 des Landes Nordrhein-Westfalen stellte fest: »Fast jedes 4. Kind in NRW ist arm.« Diese Tatsache wurde von den verantwortlichen Politikern zwar zur Kenntnis genommen, wirksame armutsbekämpfende Maßnahmen stehen aber bis heute aus.

Dabei wurde bereits nach Veröffentlichung der Studie »Zur Kinder- und Jugendarmut« des Institutes für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) im Jahre 1999 damit begonnen, die Anstrengungen zur Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen in drei Richtungen zu verstärken:

1. Hartnäckig und präzise die Folgen von Armut und Vernachlässigung von Kindern aufzuzeigen,
2. entsprechende Forderungen und Lösungsvorschläge an die Politik zu richten,
3. die präventive Ausrichtung ihrer Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe anzugehen.

Das fachliche Fundament dieses Engagements bilden vielfältige Studien zur Kinderarmut sowie Präventionsansätze für Kinder und deren Eltern/Familien.

»Die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen hat in ihrem Beitrag zum Sozialbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 2007 unter dem Titel »Armen eine Stimme geben«, zahlreiche Lebensberichte von betroffenen Hilfeempfängern gesammelt, die viele dieser Forderungen belegen. Wir sehen dieses Memorandum deshalb als Ergänzung und Unterstützung der dort dargestellten Berichte und deren Lösungsmöglichkeiten.«

So konnten die gravierenden Folgen von Armut für Kinder bereits in der frühesten Kindheit sowie die Langzeitfolgen in der Schulzeit und darüber hinaus in der ISS-Studie sichtbar gemacht werden. Gleichzeitig wurde eigenes Praxiswissen genutzt, um fundierte und praxiserprobte Konzepte zur Armutsprävention zu entwickeln.

Trotz allem ist auch ein ernüchterndes Zwischenfazit unseres bisherigen politischen Engagements zu ziehen:

Die Bekämpfung der Kinderarmut bleibt in Bund und Land oft Stückwerk. Zuständigkeiten werden hin und her geschoben. Die Kreise und Kommunen werden in ihrem Bemühen oft allein gelassen. Das führt zu einem eher langsamen Vorschreiten präventiven Handelns vor Ort.

WIR STELLEN MIT GROSSER SORGE FEST:

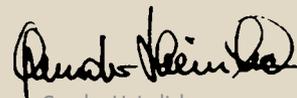
- > Wir leisten uns einen Sozialstaat, der z. B. in NRW im Jahre 2009 ein Viertel aller Kinder in die Armut schickt. Unsere reiche Gesellschaft nimmt hin, dass Armut neben den materiellen Entbehrungen häufig eine soziale Isolation, ein hohes Krankheitsrisiko und die Gefahr eines Scheiterns im Bildungssystem bedeutet.
- > Angesichts der Geburtenentwicklung in unserem Lande leisten wir uns damit auch einen gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Ruin, da unsere Gesellschaft in Zukunft auf jedes Kind angewiesen sein wird.
- > Trotz eines wirtschaftlichen Aufschwungs bis 2007 hat sich die Lebenssituation armer Kinder und ihrer Familien nicht verändert. Nach wie vor sind in NRW rund 800.000 junge Menschen unter 18 Jahren von Armut betroffen. In der Phase des wirtschaftlichen Abschwungs müssen wir mit einem dramatischen Anstieg von Kindern und Jugendlichen im Hartz IV Bezug rechnen.
- > Das gesellschaftliche Problem Armut führt zu einer Hochkonjunktur des Almosenwesens. Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, dass immer mehr Familien mit Kindern vor den örtlichen Armenküchen oder Tafeln in der Schlange stehen.

Trotz dieser für den Staat und die Gesellschaft heiklen Thematik gelang es in einzelnen Kommunen, eine erste Verlagerung der Ressourcen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe von der Krisenintervention zur Prävention vorzunehmen und zum Teil ein breites Spektrum präventiver Angebote aufzubauen. Im Bereich der politischen Forderungen hat das Bündnis ein 10-Punkte-Programm zur Bekämpfung der Kinderarmut erarbeitet.

Als einen zukunftsweisenden Ansatz zur Bekämpfung der Folgen der Kinderarmut wurde das Instrumentarium der »Präventionsketten« entwickelt. Dieser Ansatz einer Präventionskette sieht vor, zum frühest möglichen Zeitpunkt Probleme anzugehen und Ressourcen zu stärken. Dies setzt eine präventive Ausrichtung der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sowie des Bildungssystems voraus.

Die AWO, der DGB, die GEW, der Deutsche Kinderschutzbund und der Paritätische legen das Memorandum zur Bekämpfung der Kinderarmut mit einem politischen 10-Punkte-Programm und Vorschlägen für eine präventive Ausrichtung der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sowie des Bildungssystems vor. Wir zeigen damit Politik, Verwaltung und Praxis einen Weg auf, die Folgen von Kinderarmut zu bekämpfen.

Für die beteiligten Verbände


Gunder Heimlich
Arbeiterwohlfahrt


Guntram Schneider
DGB


Norbert Müller
GEW


Dieter Greese
Deutscher Kinderschutzbund


Cord Wellhausen
Der Paritätische



DAS 10-PUNKTE-PROGRAMM BEKÄMPFUNG DER ARMUTSFOLGEN BEI KINDERN

Die Bündnispartner fordern die politischen Entscheidungsträger/innen auf allen Ebenen auf, Ursachen und Folgen von Kinderarmut nachhaltig zu bekämpfen.

1. ÜBERWINDUNG DER GRENZEN DES FÖDERALISMUS

Kinderarmut und Zukunftschancen für alle Kinder in unserem Land müssen zur politischen Chefsache werden. Wir fordern politisches Handeln über die Parteigrenzen und Zuständigkeitsgrenzen hinaus.

Die Konzentration der Kinderarmut auf einzelne Regionen, Kreise und Kommunen darf nicht länger hingenommen werden (siehe Armutsatlas des Paritätischen).

Es ist zur Bekämpfung der Armutfolgen verbindlich zu regeln:

- > Wie eine Steuerung durch den Bund im Sinne gleicher und gerechter Lebensverhältnisse für alle Kinder in Deutschland erfolgen kann.
- > Wer auf den Ebenen des Bundes, der Länder und Kommunen die Steuerungsverantwortung trägt.
- > Wie diese Verantwortung bei der Finanzierung wahrgenommen und umgesetzt wird.

2. FORMULIERUNG UND UMSETZUNG EINES ABGESTIMMTEN BILDUNGS-, SOZIAL- STAATS- UND FINANZIE- RUNGSKONZEPTE

Die AWO, der DGB, die GEW, der Deutsche Kinderschutzbund und der Paritätische fordern die verantwortlichen Politiker und Politikerinnen des Bundes, der Länder und der Kommunen auf, durch ein abgestimmtes Bildungs- und Sozialstaats- und Finanzierungskonzept – das alle Lebensbereiche der Kinder einbezieht – Armut von Kindern sowie deren Folgen konsequent anzugehen und sich nicht mehr auf Teillösungen zu beschränken.

Es gilt Rechtsansprüche für alle Kinder zu schaffen, vor allem in den Bereichen

- > der bedarfsgerechten materiellen Versorgung,
- > der Förderung im Bildungssystem von Anfang an,
- > der verbindlichen und durchgängigen Gesundheitsförderung sowie
- > der präventiven Angebote in der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe.

Wesentliche Punkte für ein zukünftiges Engagement im Rahmen eines Bildungs- und Sozialstaatskonzeptes sind:

3. DER VORRANG FÜR DAS WOHL DES KINDES

Der Grundsatz des KJHG in § 1 Abs. 1: »Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit« muss für alle und insbesondere für arme Kinder verwirklicht werden. Unsere Gesellschaft muss das Wohl des Kindes in den Vordergrund stellen. Daran haben sich alle Politikbereiche zu orientieren.

4. EXISTENZSICHERNDE GRUNDSICHERUNG VON KINDERN

Die bestehenden Sozialleistungssysteme können Armut von Kindern nicht wirksam verhindern. Sie sind entsprechend zu reformieren.

Es ist eine existenzsichernde Grundsicherung für alle Kinder einzurichten. Damit ist festzulegen, dass unserer Gesellschaft jedes Kind gleich viel wert ist.

Der Staat muss zukünftig sicherstellen, dass allen Kindern sämtliche Leistungen für Bildung, Betreuung und Erziehung kostenfrei zur Verfügung stehen.

Das Wohngeld für Familien von Niedriglohnempfängern ist anzuheben, und zusätzlich mit einer Kinderkomponente zu versehen

5. PRÄVENTION UND PARTIZIPATION STATT KRISENINTERVENTION

Die Ausrichtung des Instrumentariums der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sowie des Bildungssystems muss grundlegend verändert werden. Ressourcen für Kinder und Jugendliche müssen verlagert werden von einer Krisenintervention, die in der Regel bei Kindern und Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren ansetzt, hin zu einem präventiven Ansatz. Dieser muss insbesondere arme Kinder und ihre Eltern in den prägenden ersten Lebensjahren oder – noch besser – bereits vor der Geburt des Kindes erreichen. Präventive Angebote müssen zukünftig zur Pflichtaufgabe im Fördersystem der Kommunen und des Landes werden.

Eine präventiv ausgerichtete Kinder- und Jugendpolitik muss die Möglichkeiten zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen stärken. Dabei muss der schulischen und außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit – sowohl im Rahmen der geforderten Ganztagesbetreuung als auch im Freizeitbereich – ein zentraler Stellenwert zukommen.

6. UNTERSTÜTZUNG VON ELTERN IN IHRER ERZIEHERISCHEN VERANTWORTUNG

Alle Eltern müssen einen Rechtsanspruch auf Eltern- und Familienbildung erhalten. Vor allem für junge Eltern ist eine aufsuchende Elternberatung der Familien- und Gesundheitshilfe (wieder) einzurichten. Erziehungsberatung muss bedarfsgerecht und niedrigschwellig zur Verfügung gestellt werden. Angebote der Familienbildung sind neu zu konzipieren. Durch die Zusammenarbeit mit Gynäkologen/Hebammen müssen auch Eltern aus dem Armutsmilieu bereits vor der Geburt ihrer Kinder erreicht und anschließend in Geburtsvorbereitungskursen und bei Still-, Krabbel- und Kleinkindergruppen einbezogen werden. Die Ausrichtung von zukünftigen Angeboten der Familienbildung hat in enger Kooperation mit der Jugendhilfe, dem Gesundheitswesen und der Schule zu erfolgen.

7. DER AUFBAU UND AUSBAU VON KINDER-TAGESSTÄTTEN UND DER KINDERTAGESPFLEGE

Für alle Kinder ist ein kostenfreier Zugang zu Einrichtungen der Bildung, Erziehung und Betreuung von Geburt an zu gewährleisten. Außerdem müssen die Rahmenbedingungen (Personalschlüssel etc.) zur Sicherstellung der erforderlichen Qualität der Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege grundsätzlich erheblich verbessert werden.

Als Sofortmaßnahme ist im Bereich der Kindertagesstätten im Bedarfsfall ab dem Alter von sechs Monaten eine Tagesbetreuung anzubieten.

Unterschiedliche Zugangsrechte und Nutzungsmöglichkeiten für Kinder – je nach sozialer Herkunft und familiärem Einkommen – sind gänzlich aufzugeben. Aufsuchende Dienste müssen sicherstellen, dass arme Kinder dieses Angebot auch wahrnehmen. Für Krippen und Kitas bedeutet dies die Sicherung einer bedarfsgerechten Versorgung in allen Kommunen und allen Quartieren sowie den Wegfall von Beiträgen und Zusatzkosten.

Es sind Strukturen zu entwickeln, die unterschiedliche, am jeweiligen Bedarf der Kinder orientierte Förderangebote in den Tagesstätten garantieren. Einrichtungen, die besondere Anforderungen zu bewältigen haben, wie vor allem bei einem hohen Anteil armer Kinder, brauchen zur Erfüllung ihres Auftrags entsprechend bessere Rahmenbedingungen (Personalschlüssel etc.).

Zur Verhinderung sozialer Ausgrenzung sind insbesondere der quantitative sowie qualitative Ausbau der Angebote für unter 3-jährige Kinder voranzutreiben.

Alle Kinder mit Sprachdefiziten haben das Recht auf eine nachhaltige und integrative Sprachförderung spätestens ab dem Kindergartenalter und sind im Bedarfsfall zur Teilnahme verpflichtet.

Der geplante Ausbau der Betreuungskapazität für unter Dreijährige muss vor allem in diese Richtung führen.

8. EINE REFORMIERUNG DER SCHULISCHEN BILDUNG

Die vorherrschende selektive Ausrichtung der Schule ist durch eine Neugestaltung der schulischen Bildung zu überwinden.

Die individuelle Förderung, die Entwicklung von Lernfähigkeit und das soziale Lernen müssen zentrale Inhalte von Schule sein und ihren Niederschlag in den Rahmenbedingungen (u. a. Sozialpädagogen, Lehrerstellen und kleine Klassen), Schulkonzepten und Lehrplänen finden.

Jugendhilfe und Schule müssen unter Einbeziehung weiterer außerschulischer Anbieter einen kooperativen Ansatz zur ganzheitlichen Förderung der Kinder und Jugendlichen entwickeln.

Schulpädagogik und Sozialpädagogik müssen zu gleichberechtigten Partnern einer modernen Schule werden, und das ab der Grundschule.

Eine an den oben genannten Zielen orientierte schulische Bildung erfordert, dass die Schülerinnen und Schüler bis zum Ende der Sekundarstufe I in integrierten Ganztagschulen miteinander lernen. Voraussetzung hierfür ist ein pädagogisches Konzept in dem sich Lern- und Freizeitangebote miteinander verbinden. Dies muss ein verbindliches Regelangebot für alle Kinder sein.

Lernmittel sind allen Kindern kostenlos bereitzustellen.

Keine Schülerin und kein Schüler dürfen künftig ohne einen berufsqualifizierenden Schulabschluss aus der Schule entlassen werden.

9. FÖRDERUNG VON KINDERN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

Ein Migrationshintergrund darf zukünftig kein Armutsrisiko mehr sein. Förderangebote der Jugendhilfe, wie z. B. Familienbildung, müssen Kinder mit Migrationshintergrund und ihre Eltern bereits in der frühen Kindheitsphase erreichen und ihren Integrationsprozess konsequent begleiten.

10. SICHERUNG EINER FRÜHEN UND DURCHGÄNGIGEN MEDIZINISCHEN VERSORGUNG

Für alle Kinder ist eine verlässliche und ganzheitlich ausgerichtete Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Dafür muss wieder eine Struktur aufgebaut werden, die auch unabhängig vom Mitwirken der Eltern sicherstellt, dass Gesundheit gesichert und mögliche gesundheitliche Fehlentwicklungen/Krankheiten von Kindern frühzeitig erkannt und behandelt werden. Die Regeluntersuchungen in Kindergärten sind wieder einzuführen.





ANSÄTZE EINER KINDBEZOGENEN ARMUTSPRÄVENTION

durch eine Neuausrichtung
der Kinder- und Jugendhilfe
sowie des Bildungssystems

MAXIME: TEILHABE FÜR ALLE KINDER

Die Antwort auf die gesellschaftliche Herausforderung zunehmender Armut von Kindern und Jugendlichen lautet: Jedes Kind ist zu stützen, zu stärken und zu fördern. Sein Wohlergehen und seine bestmögliche Entwicklung sicherzustellen, gehören zu den wichtigsten gesamtgesellschaftlichen Aufgaben.

PRINZIP: VERNETZUNG

Eltern und Kinder dabei lediglich von einer Adresse zur anderen zu vermitteln reicht nicht aus. Die Angebote von Verbänden, Kommunen und Institutionen müssen in einem Netzwerk gebündelt und aufeinander abgestimmt werden.

UMSETZUNG: PRÄVENTIONSKETTEN AUF DER BASIS VON NETZWERKEN SCHAFFEN

Auch wenn eine ›Kette‹ sehr beweglich ist und zwischen ihren Gliedern ›Freiräume‹ lässt, so ist sie gleichzeitig stark und belastbar. An der Stelle, wo ihre Glieder ineinander greifen, beweist sie ihre ›Reißfestigkeit‹ und kann dem ›Zug‹ standhalten.

Der Begriff der ›Präventionskette‹ wurde von der AWO und dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik geprägt und hat schnell Verbreitung gefunden. Dieses Instrument zeichnet sich aus durch

- > interdisziplinär eingesetzte Fachlichkeit
- > bedürfnisorientierte und familienbezogene Konzepte
- > Abstimmung und Zusammenarbeit aller regionalen Hilfsangebote, Ressourcen, Programme, Fördermaßnahmen und Aktivitäten
- > Qualitätssicherung, Verbindlichkeit und fachliche Weiterentwicklung.

Diese Strukturform bildet ein Netzwerk aller im Feld aktiven Einrichtungen und engagierten Personen. Die Präventionskette sichert die Beständigkeit und die Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen für die Arbeit mit Kindern und Eltern. Sie muss sich im Tagesgeschäft bewähren und Erfolgsbewertungen und Wirkungsanalysen standhalten.



Die Präventionskette ist mehr als nur die Summe ihrer einzelnen Glieder

Bisher werden fachliche Arbeitsansätze üblicherweise meist als klar voneinander abgegrenzte professionelle Aufgabenstellungen definiert. Bewertungskriterien für den Erfolg der Arbeit werden aus der jeweils eigenen fachlichen oder organisatorischen Sicht entwickelt. Jede Profession definiert Erfolg jeweils der eigenen Sichtweise entsprechend.

Auf der anderen Seite werden auch die präventiven Hilfsangebote von den Nutzern (Familien) individuell und sehr unterschiedlich eingeschätzt. Daraus kann die Inanspruchnahme einer Vielzahl von Leistungen resultieren, ohne zum gewünschten Erfolg zu kommen.

Ein intensiver Austausch zwischen allen Beteiligten im Rahmen der Präventionskette sorgt dagegen für Flexibilität und Anpassungsfähigkeit und führt schneller und effektiver zum Erfolg.

Für die Bewältigung von Armutfolgen bei Kindern haben die AWO-ISS-Studien zur Kinderarmut die Bedeutung der folgenden drei Faktoren detailliert herausgearbeitet.

1. Risikofaktoren

Dazu zählen sozioökonomische und strukturelle Faktoren wie familiäre Einkommensarmut, Arbeitslosigkeit, geringer Bildungsstatus, Trennungsproblematik, schwieriges Milieu in Multiproblemfamilien und im Quartier, gestörtes und wenig kindzentriertes Familienleben, geringe Erziehungs- und Bildungskompetenzen der Eltern, elternabhängige Belastungen im Gesundheits- und Sozialverhalten. Am stärksten negativ wirkt sich Einkommensarmut aus.

1. Schutzfaktoren

Hierbei geht es um individuelle Fähigkeiten und Kompetenzen des Kindes (Resilienz), positives, aktivierendes Familienklima, situationsgerechtes Elternhandeln, außerfamiliäre Kontakte, Lernmöglichkeiten, externe Hilfen, schulische Integration, soziale Ressourcen, frühzeitiger und kontinuierlicher Besuch der KiTa, schulische Förderung. Je nach Altersphase des Kindes wirken zunächst der familiäre Hintergrund, danach zunehmend das familiäre Umfeld, soziale Netzwerke und schließlich Bildungsinstitutionen positiv auf die kindliche Entwicklung ein.

3. Ressourcen

Die an einer Präventionskette beteiligten Fachkräfte stellen die beste Ressource dar. Sie können individuelle Eigenschaften, familiäre Charakteristika und Leistungen außerfamiliärer Unterstützung bündeln:

- > Als Investitionen in die Zukunft der Kinder,
- > zur Stärkung der elterlichen Kompetenz,
- > als Fördermöglichkeiten über die Familie hinaus.

PRÄVENTIONSKETTEN UND -NETZWERKE ALS PARADIGMENWECHSEL

Präventionsketten sind eine Weiterentwicklung eines integrierten Förder- und Hilfeangebotes für Kinder. Langfristig tragen sie zu einer Veränderung von sozialen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bei und sorgen letztendlich für eine nachhaltige finanzielle Entlastung.

Das Bündnis fordert öffentliche, kommunale und freie Träger auf, im Rahmen von Präventionsketten enger zusammenzuarbeiten. Wenn alle Träger und Institutionen gemeinsam und aufeinander abgestimmt präventiv aktiv werden, eröffnet sich der Kinder- und Jugendhilfe die Chance, den Schwerpunkt der eigenen Arbeit von der Krisenintervention zur Prävention zu verlagern.

Im Jahr 2007 wurden in NRW **1.134.986.753 Euro** für die Unterbringung zur Erfüllung der Schulpflicht, die Erziehung in einer Tagesgruppe, die Vollzeitpflege, die Heimerziehung, die intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung, die Eingliederungshilfe, die vorläufigen Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen ausgegeben (lt. der Landesstatistik NRW).

Dabei handelt es sich in der Regel um kostenintensive Maßnahmen, die zudem häufig viel zu spät einsetzen.

GRUNDLAGEN PRÄVENTIONSFÖRDERNDER STRUKTUREN

- > frühestmöglich beginnen
- > Eltern und Familie sind die ersten Ansprechpartner
- > Entwicklungsmöglichkeiten für Bildung und Gesundheit sichern
- > Lebenswelt der Kinder einbeziehen, Teilhabe und Integration sichern
- > Fähigkeiten und Stärken der Kinder erkennen und einsetzen
- > Entwicklungsdefizite erkennen und bewältigen
- > problemlösendes Bewältigungshandeln vermitteln und stärken
- > außerfamiliäre Angebote in den Bereichen Bildung, Erziehung, Betreuung und Beratung zur Verfügung stellen
- > bedürfnis- und bedarfsgerechte Förderangebote in gemeinsamer Verantwortung der Träger und Fachkräfte des Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesens entwickeln
- > Politik und Verwaltung in den Kommunen, den Bundesländern und auf Bundesebene auf präventiv wirkende gesellschaftliche Rahmenbedingungen hinweisen

MERKMALE EINER PRÄVENTIONSKETTE

Die Präventionskette ist sozialraumorientiert und auf die Lebenssituation der von Armutsfolgen bedrohten Kinder ausgerichtet. Ihre Arbeit beginnt bereits vor dem Eintritt in den Kindergarten und zeichnet sich durch eine moderierte Vernetzung aller Träger und Angebote aus.

Arbeitsgrundlage ist die Gestaltung individueller Förderpläne möglichst mit der Geburt des Kindes beginnend, um Eltern in ihrer erzieherischen Verantwortung rechtzeitig zu stützen und Selbsthilfemöglichkeiten zu fördern. Frühzeitige Krisenintervention in den Familien und schnelle Hilfen zur Vermeidung von Folgeproblemen und deren Verfestigungen sind dabei besonders wichtig.

Die Angebote einer Präventionskette orientieren sich am jeweiligen Bedarf des Kindes und der Familie, die die Unterstützung und Begleitung jederzeit in Anspruch nehmen oder beenden kann.

Die Akteure der Präventionskette gewährleisten eine verlässliche Begleitung durch Kindheit und Jugendalter und ebnen den Weg aus dem Teufelskreis von Armut und ihren Folgen.

Die kommunale Infrastruktur muss auf eine abgestimmte (Armut-) Präventionsarbeit vor Ort ausgerichtet werden. Ziel ist eine sozialräumlich angelegte bedürfnisbezogene und wirkungsorientierte Netzwerkarbeit. Die Kooperation der öffentlichen und freien Träger ist ebenso gefordert wie bürgerschaftliches Engagement.



BAUSTEINE EINER PRÄVENTIONSKETTE

Die Graphik veranschaulicht die Grundstruktur einer Präventionskette, in deren Zentrum der außerfamiliäre Lebensraum des Kindes steht: Im Lebensabschnitt bis zum sechsten Lebensjahr der Kinder sind die Familien und die Kindertagesstätten besonders stark gefordert. Dem entsprechend besteht ein hoher Bedarf an externer Hilfe und Unterstützung.

Um den Folgen von Armut dauerhaft zu begegnen, bedarf es der Begleitung und Unterstützung auch während Schulzeit, Berufsausbildung und Berufseinstieg. Dabei gestaltet sich ein fließender Übergang in der Beteiligung gesundheitlicher, psychosozialer, erzieherischer Hilfen für die Kinder mit den Möglichkeiten der Begleitung der Eltern.

Die Pfeile symbolisieren zahlreiche Einrichtungen, Dienste und Angebote, die jeweils auf die Stellen innerhalb der Präventionskette zeigen, wo besondere Angebote benötigt werden.

Nicht das Leistungs- oder Angebotsspektrum eines einzelnen Dienstes ist entscheidend, sondern das abgestimmte Gesamtkonzept aller Hilfsangebote. Aber: Jedes Kettenglied braucht eigene Ressourcen zur Steuerung und Wahrnehmung seiner Aufgaben. Damit kann für jedes Kind ein individueller Hilfeplan gestaltet werden, der – vor allem in den Übergangsphasen – die Situation des Kindes und der Eltern mit ihren unterschiedlichen Stärken und Schwächen bestmöglich berücksichtigt.

Nur eine lückenlose Kette mit starken Gliedern kann gefährdete Kinder und Jugendliche systematisch fördern und ihre Chancen zur vollen Entfaltung ihrer Fähigkeiten und zur uneingeschränkten gesellschaftlichen Teilhabe verbessern.

Auch wenn das Kind stets im Mittelpunkt steht, so kann dies nur durch das Zusammenspiel zwischen Eltern und Umfeld geschehen. Der 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung beschreibt es wie folgt: Das Aufwachsen von Kindern liegt in privater und öffentlicher Verantwortung. Innerhalb der Präventionskette sind gesellschaftliche Unterstützungs- und Förderangebote für (arme) Kinder und deren Eltern anzubieten. Nur so können belastete Eltern positiv auf die Entwicklung ihrer Kinder Einfluss nehmen.

Unter anderem zeigt der Ansatz von »Mo.Ki – Monheim für Kinder« beispielhaft, dass mit relativ geringem zusätzlichem Mitteleinsatz – schon allein durch die moderierte Vernetzung vorhandener Angebote – wirkungsvolle Präventionsarbeit auf hohem fachlichem Niveau möglich ist.

Die Pfeile symbolisieren zahlreiche Einrichtungen, Dienste und Angebote, die jeweils auf die Stellen innerhalb der Präventionskette zeigen, wo besondere Angebote benötigt werden.

